



















# Medienmitteilung

# Gastgewerbe und Tourismus benötigen weitere Rettungsmassnahmen

Die Tourismusverbände begrüssen, dass der Bundesrat das Kreditvolumen ausweitet und weitere Massnahmen geprüft werden. Kurzarbeit und Darlehen werden jedoch nicht ausreichen, um eine Konkurswelle zu verhindern. Die Verbände appellieren auch an die Solidarität von Vermietern, Versicherungen und deren Rückversicherungen.

03.04.2020, Bern/Zürich: Der Bundesrat beantragt dem Parlament, das Bürgschaftsvolumen um 20 Milliarden Franken zu erhöhen. Damit stellt er sicher, dass Unternehmen in den nächsten Wochen Überbrückungskredite beantragen können. Zudem hat er angekündigt, weitere Unterstützungsmassnahmen bis am 8. April 2020 zu erarbeiten. Die Kurzarbeit soll auf weitere Kreise ausgeweitet werden und Selbständigerwerbende sollen stärker unterstützt werden. Die Tourismusverbände begrüssen das Vorgehen und danken dem Gesamtbundesrat und dem SECO für ihr rasches Handeln und den konstruktiven Austausch in den vergangenen Tagen. Je länger der Stillstand anhält, desto grösser werden jedoch die wirtschaftlichen Sorgen im Gastgewerbe und Tourismus. Es braucht dringend zusätzliche Mechanismen, welche eine Konkurswelle in den vom Tourismus abhängigen Branchen verhindern.

#### Darlehen reichen nicht

Die Überbrückungskredite ermöglichen es den Unternehmen, die laufenden Kosten für den Moment zu decken. Jedoch verschulden sich die Betriebe zusätzlich, ohne die betriebliche Situation zu verbessern. Auch liefern die Darlehen keine Antwort auf die eingebrochene Nachfrage und die Zeit nach dem Lockdown. Der Tourismus wird Jahre benötigen, um die verlorenen Marktanteile zurückzugewinnen. Zudem müssen die Betriebe die Kredite zurückbezahlen. Unter der sich abzeichnenden Marktsituation wird dies für viele Betriebe nicht möglich sein. Das gilt insbesondere bei einem deutlichen Zinsanstieg für COVID-19-Kredite. Deshalb fordern die Tourismusverbände, dass die Überbrückungskredite bis 500'000 Franken über die gesamte Laufzeit zinsfrei vergeben werden.

#### Stabilisierungsmassnahmen werden teuer

Die Politik wird nicht umhinkommen, zusätzliche Stabilisierungsmassnahmen für besonders hart betroffene Branchen und Betriebe einzuleiten. Die Tourismusverbände bitten Bundesrat und Parlament, sich frühzeitig mit diesen Fragen auseinanderzusetzen. Die zahlreichen Unternehmerinnen und Unternehmer wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land brauchen mehr Sicherheit. Andernfalls werden keine Ersatzinvestitionen mehr getätigt. Die Gesamtwirtschaft würde irreversiblen Schaden nehmen. Mittelfristig müssen mit grossen Angebots- und Marketinganstrengungen alle Märkte bearbeitet werden, damit der Reiseverkehr nach der Krise wieder schnellst möglich anläuft.

### Appell an die Solidarität der Vermieter und Versicherungen

Zudem sind Gastgewerbe und Tourismus auf eine Mietzinsherabsetzung angewiesen. Wenn die Politik die Rechtssituation nicht klärt, werden die Gerichte übermässig viele Streitfälle bewältigen müssen. Es ist im Sinne aller Beteiligten, dass dies nicht eintrifft. Etliche Vermieter zeigen sich ungeachtet des Klärungsbedarfs solidarisch. Nicht wenige aber verweigern das Gespräch. Die Tourismusverbände fordern alle Beteiligten auf, sich in dieser aussergewöhnlichen Lage solidarisch zu zeigen. Das gilt auch für die Versicherungen und ihre Rückversicherungen. Es ist niemandem gedient, wenn die Geschäftsmieter und Versicherungsnehmer Konkurs anmelden müssen.



Fédération suisse du tourisme Federazione svizzera del turismo Federaziun svizra dal turissem







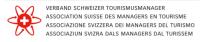












## Auskunftspersonen für telefonische Interviews:

Barbara Gisi, Direktorin, Schweizer Tourismus-Verband Tel. +41 (0)79 775 66 10 Casimir Platzer, Präsident, GastroSuisse Tel. +41 (0)44 377 53 53 Andreas Züllig, Präsident, HotellerieSuisse Tel. +41 (0)31 370 41 40

### Auskunft für Medienanfragen

HotellerieSuisse, Media Relations, media@hotelleriesuisse.ch, Tel.+41 (0)31 370 41 40